
Liebe Leserinnen und Leser,

wird im November erneut ein hochgefährlicher Castor-Atommülltransport das Wendland erreichen? Wird er unterwegs gestoppt? Wird genug Schotter im Gleisbett liegen? Oder wird der Transport noch im Vorfeld politisch verhindert? Fragen, die derzeit viele Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegner bewegen. Und der Protest nimmt ständig zu: Noch vor den Aktionstagen im November stehen derzeit z. B. Montagsspaziergänge http://www.bund-rlp.de/themen_projekte/klima_energie/atomkraft/montagsspaziergaenge und der bundesweite Streckenaktionstag am 23. Oktober <http://www.castor-strecken-aktionstag.de> an, bei dem neben Transportwegen für frische Brennelemente auch die Uran-Transportwege (z. B. von und nach Gronau) nicht vergessen werden sollten. Und für den 6. November (bundesweite Demo in Dannenberg) stehen bereits zahlreiche Busse und sogar ein Sonderzug in den Startlöchern: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/aktionen/12-castortransport-nach-gorleben>
Einen weiterhin engagierten Herbst, auch in den zahlreichen anderen ökologischen Bereichen, wünscht Euch die BBU-Newsletter-Redaktion!

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Gorleben soll leben!



Bei der BBU-Geschäftsstelle können der gängige Gorleben-Button sowie die bekannten Atomkraft? Nein Danke! – Buttons (verschiedene Sprachen gemischt) in größerer Stückzahl bestellt werden. Einzelpreis: 1 Euro, 10 Stück 6,00 Euro, 100 Stück 40,00 Euro. Ebenfalls noch vorrätig: Der Großaufkleber „Gorleben soll leben“ mit 45 cm Durchmesser. Stückpreis: 3 Euro, 10 Stück 20 Euro, 50 Stück 75 Euro. Jeweils plus Porto und Verpackung, gegen Rechnung. Infos und Bestellungen an bbu-bonn@t-online.de, oder 0228-214032.

Marianne Fritzen...

...hat den diesjährigen Petra-Kelly-Preis erhalten. Von dem Preisgeld (10.000 Euro) stellt Marianne dem BBU einen Teil zur Verfügung. <http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/PORTRAeT-Marianne-Fritzen-setzt-auf-den-Protest-der-Jugend-1509458296>. Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsführung und die BBU-Newsletter-Redaktion gratulieren Marianne ganz herzlich und bedanken sich für ihr Vertrauen in den BBU, das Marianne mit ihrer Unterstützung des BBU zum Ausdruck bringt.
<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/30.09.10.htm>.

Einspruch gegen Biotopzerstörung in Hofheim (Taunus)

Mit einem Einspruch gegen die Überbauung eines Naturbiotops hat jetzt der BBU sein Neumitglied, den „Verein Lebenswertes Hofheim e. V.“ unterstützt. Hintergrundinformationen gibt es u. a.) hier:
<http://www.fr-online.de/rhein-main/main-taunus/-/nichts-ist-entschieden-/-/1472862/4625838/-/index.html>

BBU-Mitgliederversammlung

Der Termin der nächsten BBU-Mitgliederversammlung steht noch nicht fest, aber sie rückt näher. Der BBU-Vorstand wird in der nächsten Zeit einen Termin festlegen. Bereits jetzt können sich auch die BBU-Mitglieder Gedanken zur inhaltlichen Ausgestaltung der MV machen; Anträge können vorbereitet und Themen für die Tagesordnung vorgeschlagen werden. Anregungen können der BBU-Geschäftsstelle mitgeteilt werden. (UB)

CO2-Speicherung

Eine Veranstaltung zum Thema CO2-Speicherung plant die „Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft“ (AöW) für den **26. Oktober** im Maritim Grand Hotel in Hannover. Auf dem Podium wird auch Harald Gülzow vertreten sein. Er ist Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des BBU. Weitere Informationen zu der Veranstaltung unter <http://www.allianz-wasserwirtschaft.de/pages/posts/aoew-veranstaltung--ccs---die-speicherung-von-co2-in-deutschland--am-26-oktober-in-hannover-26.php>

BBU-Flyer

Zum Verteilen bei den anstehenden Aktionen gegen Castortransporte (und anderswo) können in der BBU-Geschäftsstelle folgende Flyer kostenlos bestellt werden: a) BBU-Selbstdarstellung, b) - Stromwechselflyer (zur Kooperation des BBU mit EWS), Infos dazu auch online unter <http://www.bbu-online.de/EWS/EWS1.htm>
Bei Interesse an den Flyern bitte in der BBU-Geschäftsstelle melden: 0228-214032 oder bbu-bonn@t-online.de.

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

WWF warnt vor weiteren Katastrophen in Osteuropa

Der WWF warnt vor weiteren Giftschlammkatastrophen in Osteuropa. In Ungarn befindet sich eine weitere Deponie bei Almásfüzit, zwischen Győr und Budapest. Dort lagern zwölf Millionen Tonnen Giftschlamm in sieben Becken, die 40 Hektar Land bedecken. "Wenn dort die Dämme brechen, wäre die Trinkwasserversorgung für weite Teile Ungarns in Gefahr" befürchtet Martin Geiger, Leiter des Bereichs Süßwasser beim WWF Deutschland. Nach einem EU-Bericht von 2004 gibt es in ganz Ungarn über 260 kritische Deponien mit Abfall und Abraum aus dem Bergbau, davon acht besonders gefährliche, mit Rückständen aus dem Abbau von Gold und Uran. Nach Informationen, des WWF lagern in Ungarn rund 55 Millionen Kubikmeter Rotschlamm in Absetzbecken, viele davon von in neu genehmigten Anlagen. Aus einer Pressemitteilung des WWF vom 08.10.2010:

<http://www.wwf.de/index.php?RDCT=b04ec2279d9fb88bc1f8>

Artenschutz

Steinkauz-Schutz

Aktuelle Informationen zum Schutz der Steinkauz-Population im Bereich der Verdener Weserniederung hat die Kreiszeitung mit Sitz in Syke veröffentlicht:

<http://www.kreiszeitung.de/nachrichten/landkreis-verden/thedinghausen/steinkaeuze-trotzten-harten-winter-959702.html>

Atomindustrie

Tritium aus AKW – eine unterschätzte Gefahr für Embryonen

Tritium ist ein besonders problematischer radioaktiver Stoff. Es wird vom Körper aufgenommen und führt zu einer gleichmäßigen Strahlenbelastung aller Organe. Es kann im Körper organisch gebunden werden und bei seinem radioaktiven Zerfall noch nach Jahren den menschlichen Körper schädigen und Krebs hervorrufen. Insbesondere die Druckwasserreaktoren geben große Mengen Tritium mit dem Abwasser ab. Doch nicht nur die Gewässer werden belastet, sondern es gelangt auch beim Brennstäbwechsel in die Luft. Über die damit einhergehenden enormen Gefahr für Embryonen, auf die der Chemiker Fairlie, der als ausgewiesener Nuklearexperte gilt, hinweist berichtete am 16.9.10 die Schweizer Wochenpost WoZ. So ist dort zu lesen: „ In diesem Moment entweicht viel Tritium, denn es gibt keine Möglichkeit, den Stoff zurückzuhalten.“ Die normale Hintergrundstrahlung in der Umgebungsluft liegt bei einem AKW bei etwa fünf Becquerel pro Liter, sagt Fairlie: «Während der kurzen Spitzenbelastung, wenn der Reaktordeckel geöffnet wird, kann sie fünf Millionen Becquerel betragen, ist also um den Faktor von einer Million erhöht.» Hält sich nun eine Frau, die erst kurze Zeit schwanger ist, in diesem Moment in der Nähe des Atomkraftwerks auf und der Wind weht vom AKW in ihre Richtung, kann es für den Embryo riskant werden. «Kurz nach der Befruchtung sind die Zellen am strahlenempfindlichsten, weil sie sich sehr schnell teilen», sagt Fairlie. Diese frühen Schädigungen lösen vermutlich später die Leukämie aus.“

<http://www.woz.ch/artikel/2010/nr37/schweiz/19795.html>

In diesem Zusammenhang möchten wir nochmals auf unseren BBU-Flyer „Stoppt die Tritiumbelastung unserer Gewässer“ , der in der Bonner Geschäftsstelle angefordert werden kann, hinweisen. Weitere Infos unter

<http://www.bbu-online.de/Kampagnen/Tritium.htm>

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes

Anti-Castor-Filme

Die Kreativität der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (eine Mitglieds-BI des BBU) ist unschlagbar. Hier die Links zu netten Mobilisierungsfilmen der BI:

<http://www.youtube.com/user/BiLuechowDannenberg#p/u/1/bcpWJwTA5tg>

<http://www.youtube.com/user/BiLuechowDannenberg#p/u/0/TgD34gYIM74>

<http://www.youtube.com/user/BiLuechowDannenberg#p/u/2/onlyX5Kv4TA>

Mit Hochdruck gegen Ungehorsam? BI Umweltschutz verurteilt staatliche Gewalteskalation

78 neue Wasserwerfer für die Bereitschaftspolizei der Bundesländer spritzen bald mit noch höherem Druck aus drei Rohren. Hinzu kommen 52 Spähfahrzeuge mit Zoom und Richtmikrofon. Gleichzeitig hat die Innenministerkonferenz ein härteres Vorgehen gegen Demonstranten beschlossen, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte kann demnach mit bis zu drei Jahren Haft geahndet werden.

"Die weitere Hochrüstung der Polizei und verschärfte Strafandrohungen sind die falschen Antworten auf gesellschaftliche Konflikte, die nicht mit Polizeigewalt, sondern politisch gelöst werden müssen", empört sich die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Gerade erst erblindete der Stuttgart 21 - Gegner Dietrich Wagner auf einem Auge als Folge des Wasserwerfereinsatzes bei der Räumung des Schlossgartens vor zwei Wochen, erinnert die BI. "Wenn der Einkauf von Wasserwerfern und die Strafverschärfung ein Signal vor dem

heißen Herbst sein soll, dann ist es das falsche. Wir setzen auf besonnenen, aber entschiedenen Bürgerprotest und ein politische Einlenken der politischen Klasse und verurteilen eine staatliche Gewalteskalation", stellt die BI klar. Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 14.10.2010

"Gorleben ist politisch nicht durchsetzbar" BI Umweltschutz fordert Aufgabe des Endlagerprojekts"

"Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, voraussichtlich ab 5. November soll der nächste Castortransport aus dem französischen La Hague nach Gorleben rollen. Wir rechnen als Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) mit Zehntausenden Demonstranten. Gorleben steht symbolisch für die überholte Geschichte der Energienutzung aus Atomkraft. Gorleben ist politisch und geologisch verbrannt. Sie haben sich vorsichtig distanziert zu dem Plan des Bundesumweltministers Norbert Röttgen geäußert, der alternativlos an Gorleben als Endlagerstandort festhält. Es ist aus unserer Sicht jetzt geboten, mit Blick auf das Aktionsgeschehen und die politische Situation, den geplanten Transport abzusagen. Das Eingeständnis, dass Gorleben politisch nicht durchsetzbar ist, dass die Atomkraft keine Akzeptanz findet, wird Ihnen sicherlich nicht leicht fallen, aber nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrem Vorgänger Ernst Albrecht. Auf keinen Fall wollen wir die Konfrontation mit der Polizei, dieser Konflikt muss politisch gelöst werden. Wir möchten Sie bitten, in absehbarer Zeit mit uns über politische Lösungen zu sprechen." Aus einer Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 14.10.2010

BBU erhebt Einspruch gegen 2 weitere Atomkraftwerke in Temelin (Tschechien) Rund 650 Sammeleinsprüche eingereicht

Gegen den Bau von zwei neuen Atomkraftwerken in Temelin (Tschechien) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. mit Sitz in Bonn fristgerecht in Prag Einspruch erhoben. Gleichzeitig hat der BBU einen Sammeleinspruch mit rund 650 Unterschriften eingereicht. Nach Auffassung des BBU darf kein weiteres Atomkraftwerk gebaut werden, weder in Tschechien, noch anderswo.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 01.10.2010,

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/01.10.10.htm>

Erfolg in Temelin – jetzt wieder ran an Borssele

(UB) Kaum hatte der BBU seine Einsprüche gegen den Bau der Reaktoren 3 + 4 eingereicht (besonders viele Einsprüche gab es zudem aus Österreich), da gab es eine positive Meldung aus Tschechien: Der Bau von Temelin 3 und 4 wird mindestens um Jahre verschoben, vielleicht sogar ganz gestoppt:

<http://www.br-online.de/aktuell/temelin-akw-tschechien-ID1286980766773.xml>

Der BBU bleibt vorsichtig und wird die weitere Entwicklung im Auge behalten. Dabei steht der BBU auch im Kontakt mit tschechischen AtomkraftgegnerInnen, die sich auch beim BBU für die Einspruchskampagne bedankt haben. So hieß es in einer Mail vom 6. Oktober, „sind wir froh, dass auch aus Deutschland Stimmen gegen die geplante Erweiterung des störanfälligen Atomkraftwerkes Temelin zu hören sind und bedanken uns dafür bei Ihnen für Ihre Arbeit, die im Kampf gegen die Atomenergienutzung so wichtig ist.“

Die vorsichtige Entwarnung aus Temelin kommt gerade rechtzeitig. Der BBU, der sich bekanntlich international gegen den Betrieb und Bau von Atomanlagen engagiert, „darf“ sich wieder verstärkt dem AKW Standort Borssele in den Niederlanden zuwenden. Nach den Plänen zum Bau eines 2. Reaktors (2009) läuft jetzt das Genehmigungsverfahren zum Bau eines dritten Reaktors! Der BBU lehnt das Vorhaben scharf ab und wird in den nächsten Tagen auch gegen Borssele 3 eine Einspruchskampagne starten. Hier die erste Pressemitteilung des BBU gegen Borssele 3:

<http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202010/12.10.10.htm>

Uranabbau

Uranabbau verursacht Umweltbelastungen und menschliche Schicksale – und dient dem Betrieb von Atomanlagen. Das es dabei nicht um die Produktion „sauberer Energie“ geht, sondern um handfeste Kapitalinteressen, hat der Standard aus Österreich dokumentiert:

<http://derstandard.at/1285200033504/Uran-Investment-Strahlung-fuers-Depot>

Informationen gegen den Uranabbau gibt es u. a. unter

<http://www.uranium-network.org> und

<http://www10.antenna.nl/wise/index.html?http://www10.antenna.nl/wise/uranium.html>.

CCS-Endlagerung

CO2-Einlagerung in der Altmark aktuell wie nie



Die Podiumsdiskussion am 26. September in Maxdorf brachte es ans Licht. Während draußen der Regen niederprasselte gab der Vertreter der CDU zu, dass er nur den CCS-Gesetz-Entwurf als ungeeignet empfindet. Eine Einschätzung zu CCS-Technologie weigerte er sich abzugeben. Die über 300 Zuhörer der Diskussion zwischen Politikern, Verbandsvertretern und Wissenschaftlern wurden im Unklaren über die Position der CDU in Sachsen-Anhalt gelassen. Im Europaticker vom 7. Oktober 2010 kann man die Position der CDU in Sachsen-Anhalt nachlesen.

<http://www.umweltruf.de/news/111/news0.php3?nummer=45078> Der Wirtschaftsminister Haseloff und der Umweltminister Aikens des Landes Sachsen-Anhalt sprechen sich für eine Endlagerung von CO2 in Sachsen-Anhalt aus, wenn sich der Bund an der Haftung beteiligt.

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes

Spontane Protestaktion vor dem Landtag

Am Freitag, 08.10.10 demonstrierten einige Mitglieder unserer BI spontan vor dem Landtag, nachdem wir kurz zuvor erfahren hatten das die CO2 Verpressung und Endlagerung im Landesentwicklungsplan (LEP) dort behandelt wird.



Quelle: <http://www.kein-co2-endlager-altmark.de/index.php>. Aktuelle Pressemitteilungen der Bürgerinitiative Kein CO2 Endlager Altmark gibt es unter <http://www.kein-co2-endlager-altmark.de/pressemitteilungen.php>.

Kohlekraftwerke

„Radioaktivität wie ein Atomkraftwerk“

Mit den Themen Radioaktivität und Naturschutz ging der Erörterungstermin zum Kohlekraftwerks-Projekt in Krefeld-Uerdingen in die zweite Woche. Das Aktionsbündnis bestehend aus dem nordrhein-westfälischen Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Duisburger Bürgerinitiative Saubere Luft e.V. und dem Niederrheinische Umweltschutzverein (NUV) in Krefeld war wie in der letzten Woche mit seinen Experten präsent und untermauerte die Kritik an dem Vorhaben.

Aus einer Pressemitteilung des BUND NRW:

[http://www.bund-nrw.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/radioaktivitaet-wie-ein-atomkraftwerk/?tx_tnews\[backPid\]=3371&cHash=63e3f79881](http://www.bund-nrw.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/radioaktivitaet-wie-ein-atomkraftwerk/?tx_tnews[backPid]=3371&cHash=63e3f79881)

Kriminalisierung:

Von einer breiten Bewegung wird aus Protest gegen den drohenden Castor-Transport nach Gorleben zum „Schottern“ aufgerufen. Jetzt wird mit juristischen Konsequenzen gedroht:

<http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/schotterer-im-visier-der-staatsanwaelte>

Normung

Normen zu Energiemanagement und Energieeffizienz

Am 17. Mai 2006 ist die Richtlinie 2006/32/EG über Energieeffizienz und Energiedienstleistungen (EDL-Richtlinie) in Kraft getreten. Darin wurden die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, die Richtlinie bis 2008 in nationales Recht umzusetzen. Dem ist die Bundesregierung bis heute nicht nachgekommen, obwohl sie eine Verdopplung der Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 anstrebt. Der Entwurf der Bundesregierung zu einem Energieeffizienzgesetz (EnEFG) wird weiterhin innerhalb des Kabinetts (FDP) und von den Wirtschaftsverbänden BDI und DIHK blockiert.

Dabei wären bei einer gesetzlichen Verpflichtung geregelte Umsetzungsvoraussetzungen bereits vorhanden. Am 1. Juli 2009 hat die Europäische Normungsorganisation (CEN) die Norm für Energiemanagementsysteme (EnMS) „EN 16001“ veröffentlicht (deutsche Fassung: „DIN EN 16001 Energiemanagementsysteme – Anforderungen mit Anleitung zur Anwendung“). Diese neue Norm beschreibt die Anforderungen an ein Energiemanagementsystem, das Unternehmen in die Lage versetzen soll, den Energieverbrauch systematisch zu bewerten um die Energieeffizienz kontinuierlich zu verbessern und Kosten zu senken unter Berücksichtigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Grundelemente der europäischen Norm EN 16001 fließen in die gegenwärtig in Entwicklung befindliche internationale Norm ISO 50001 ein. Im DIN e. V. wird die deutsche Kommentierung im Arbeitsausschuss 9 des Normenausschusses Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS) unter Mitarbeit je eines Vertreters des BUND und des BBU behandelt.

(Hinweis: Auf der BBU-Homepage www.bbu-online.de gibt es unter Arbeitsbereiche Hinweise zur Arbeit der BBU-AG „Umweltmanagement und Normung“)

Wolfgang Guhle

Mitarbeiter im DIN-NAGUS AA 9

„Energieeffizienz und Energiemanagement“

Stuttgart 21

ROBIN WOOD geht gegen Diffamierung von S21-Gegnern durch Ministerpräsident Mappus vor

ROBIN WOOD hat dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus (CDU) heute von einem Anwalt eine Unterlassungserklärung schicken lassen. Darin wird Mappus aufgefordert, nicht mehr zu behaupten, „es gebe unter den Demonstranten gegen Stuttgart 21 einen nicht unerheblichen Teil von Berufsdemonstranten, zum Beispiel von ROBIN WOOD“. Sollte Mappus die Erklärung nicht fristgerecht unterzeichnen, wird ROBIN WOOD gerichtliche Schritte gegen ihn einleiten.

Der von der Abwahl bedrohte Ministerpräsident hatte am vergangenen Wochenende dem Online-Portal von Focus ein Interview gegeben. (Titel:

„Mappus warnt vor gewaltbereiten Stuttgart-21-Demonstranten“). Darin greift Mappus die Bewegung gegen das nutzlose und überbeuerte Bahnprojekt S21 radikal an. Insbesondere wetterte er gegen „Berufsdemonstranten, zum Beispiel von Robin Wood“ und unterstellte ihnen, „der Polizei das Leben sehr schwer zu machen“, bei ihnen würden „Aggressivität und Gewaltbereitschaft zunehmen“.

Diese wahrheitswidrigen Tatsachenbehauptungen sollen die Bewegung gegen S21 diskreditieren, spalten und kriminalisieren. Sie verletzen insbesondere auch die Persönlichkeitsrechte von ROBIN WOOD und von Mitgliedern des Vereins, die sich ebenso wie Zehntausende in Stuttgart mit guten Argumenten und viel Engagement gegen S21 wehren.

ROBIN WOOD hatte nach Veröffentlichung des Interviews Mappus zunächst öffentlich aufgefordert, sich für seine verbale Entgleisung zu entschuldigen, daraufhin jedoch keine Reaktion erhalten. Um zu verhindern, dass der Politiker weiterhin diese falsche Behauptung über ROBIN WOOD verbreitet, sah die Umweltorganisation daher keinen anderen Weg, als juristisch dagegen vorzugehen.

Aus einer Pressemitteilung von Robin Wood vom 30.09.2010; www.robinwood.de

Stellungnahme des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vom 01.10.2010 zum Polizeieinsatz in Stuttgart



Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. solidarisiert sich mit den Demonstrantinnen und Demonstranten in Stuttgart, die sich für vernünftige Verkehrskonzepte und ein lebenswertes Stuttgart engagieren. Der bundesweite Umweltverband betont, dass auch in Stuttgart das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit besteht. Der BBU verurteilt das harte Vorgehen der Polizei und fordert Polizei und Politik auf, das Recht der Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart auf Versammlungsfreiheit nicht zu unterdrücken.

Wichtige Infoquellen zu Stuttgart 21

<http://www.kopfbahnhof-21.de/index.php?id=4>

<http://www.parkschuetzer.de>.

Verkehrspolitik

Immer mehr Aktionen gegen Falschparker auf Geh- und Radwegen

Nach Einschätzung des Fachverbandes Fußverkehr Deutschland, FUSS e.V., hat sich das Problem der Falschparker auf Geh- und Radwegen in den letzten Jahren verschärft. Belegt wird diese Einschätzung mit den stark ansteigenden Verkaufszahlen der "Parke nicht auf unseren Wegen"- Aufklebern.

Der FUSS e.V. wünscht sich von den Kommunen, dass diese verstärkt das Parken auf Geh- und Radwegen, aber auch das Zustellen von Querungsmöglichkeiten kontrollieren und ahnden. Dabei sollten nicht nur "Knöllchen" verteilt, sondern auch Fahrzeuge abgeschleppt werden, die so behindern, dass Ausweichmanöver der Betroffenen deren Unfallrisiko erhöhen. Der Verein forderte abschließend den Gesetzgeber auf, die Einsatzkriterien für das Verkehrszeichen Nr. 315, das das Parken auf Gehwegen für Autofahrer erlaubt und regelt, wesentlich restriktiver zu fassen. "Wenn man, wie Bundesregierung, Länder und Kommunen, Verkehrszeichen einsparen will", so Stefan Lieb, FUSS e.V.-Sprecher, "sollte man das Zeichen gänzlich abschaffen." Nach Ansicht des in diesem Jahr 25 Jahre alt werdenden Lobby-Verbandes haben Autos auf Gehwegen und Fußverkehrsflächen grundsätzlich nichts zu suchen.

Stellt das Anbringen von "Parke nicht auf unseren Wegen"-Aufklebern eine Sachbeschädigung dar? Nach bisheriger Rechtsprechung nicht, wenn die Fenster außerhalb des Sichtfeldes, jedoch nicht Rückspiegel und Lack beklebt werden. Außerdem muss der Aufkleber rückstandsfrei entfernbar sein. Mehr Info unter: www.geh-recht.info > Aktivitäten > Ist das Kleben von "Parke nicht"- Aufklebern auf Kfz strafbar?

Gekürzte Pressemitteilung des FUSS e.V. vom 4.10.10; Infos: www.fuss-ev.de. Der FUSS e.V. ist eine BBU-Mitgliedsgruppe.

3. Filmkooperation

Willkommen im Plastikzeitalter!

Regisseur Werner Boote will mehr wissen über den Stoff, der unser Leben so sehr prägt. Seine Fragen und Antworten finden sich in der Dokumentation „Plastic Planet“, die seit dem 16. September 2010 als DVD und Blu-ray im Handel erhältlich ist.

Plastik ist überall: In den Weltmeeren findet man inzwischen sechsmal mehr Plastik als Plankton und selbst in unserem Blut ist Plastik nachweisbar! Die Menge an Kunststoffen, die wir seit Beginn des Plastikzeitalters produziert haben, reicht aus, um unseren gesamten Erdball sechs Mal in Plastikfolie einzupacken.

In PLASTIC PLANET sucht Regisseur Werner Boote, dessen eigener Großvater ein Pionier der Plastikindustrie war, nach Antworten und deckt Fakten und unglaubliche Zusammenhänge auf. Er stellt Fragen, die uns alle angehen: Schadet Plastik unserer Gesundheit? Wer ist verantwortlich für die Müllberge in Wüsten und Meeren? Wer gewinnt dabei? Wer verliert? Wenn Sie diesen Film gesehen haben, werden Sie nie wieder aus einer Plastikflasche trinken! PLASTIC PLANET ist ein unterhaltsamer und investigativer Film, der zeigt, dass Plastik zu einer Bedrohung für Mensch und Umwelt geworden ist.

INHALT:

Kunststoffe können bis zu 500 Jahre in Böden und Gewässern überdauern und mit ihren unbekanntem Zusatzstoffen unser Hormonsystem schädigen. Wussten Sie, dass Sie Plastik im Blut haben? Regisseur Werner Boote stellt Fragen, die uns alle angehen: Warum ändern wir unser Konsumverhalten nicht? Warum reagiert die Industrie nicht auf die Gefahren? Wer ist verantwortlich für die Müllberge in Wüsten und Meeren? Auf der Suche nach Antworten macht sich Boote nach intensiver Recherche auf eine Reise durch die ganze Welt - von Kalifornien, Heimat der Silikonimplantate, bis zu Japans verschmutzten Stränden. Er besucht Forscher in den USA und Österreich und Angehörige an Krebs erkrankter Arbeiter aus Plastikfabriken in Italien, und rückt so eine erhebliche, globale Problematik ins Bewusstsein, die nicht nur die Industrie allzu gern verdrängt.

Der BBU ist seit geraumer Zeit Kooperationspartner der Filmproduktion Plastic Planet. *Weitere Informationen unter http://www.eurovideo.de/film_detail.php?film=2850&ort=titel&suche=Plastic%20Planet&dvd-titel=Plastic%20Planet.*

4. Nachrufe

Herrmann Scheer

Liebe Freundinnen und Freunde, mit Bestürzen müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unser Freund und Kampfgefährte für eine bessere Welt, nicht mehr unter uns weilt. Hermann Scheer ist tot - aber seine Idee lebt weiter!!! Noch vor wenigen Tagen hat er u.a. den Betriebsrat des Emdener VW - Werks, als die Pioniere des Zeitalters Erneuerbare Energien, mit dem Deutschen - Solarpreis ausgezeichnet. Er sagte: "Sie sind auf der Höhe der Zeit und denen voraus, die immer noch die veraltete fossile und atomare Energieproduktion verteidigen. Kohle und Atom sind keine ‚Brückentechnologien‘, wie vielfach behauptet wird. Die Preisträger sind längst am Ufer angekommen und haben - alle auf ihre Weise - die Energieversorgung selbst in die Hände genommen. Sie beweisen, dass es möglich ist, das Ziel der Stromversorgung zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien schneller zu verwirklichen als die meisten noch denken."

mehr: http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&task=view&id=1360&Itemid=355

Hermann, wir werden weiterhin unsere gemeinsame Zukunft gestalten, getreu Deinem Satz "Wenn nicht wir, wer dann?"

In tiefer Trauer

die Mitglieder der DenkSchule für das Solarzeitalter e.V.

Peter Schütt

Liebe Waldfreunde, ich muss euch leider mitteilen, dass Herr Prof. Dr. Peter Schütt am vergangenen Samstag, den 9. Oktober 2010 im Alter von 84 Jahren verstorben ist. Peter Schütt ist es mit zu verdanken, dass nach öffentlichem Druck auch in Deutschland die Rauchgasentschwefelung eingeführt wurde, wodurch die Schwefelemissionen um mehr als 95 Prozent (!) reduziert wurden. Einer der größten Erfolge der Umweltbewegung! (...) Die Beisetzung ist am Samstag, 23.10. 2010 um 14h auf dem Friedhof Hohenpeissenberg (Albin-Schwaiger-Weg). Vor der Beisetzung (Beginn ca. 13h-13.30) findet ein Konzert für ihn in der Wallfahrtskirche Hohenpeissenberg statt. Weitere Details können bei mir erfragt werden (Wegbeschreibung etc.)

Peter Schütt war und bleibt auch für mich ein großes Vorbild, ein kritischer und mutiger Streiter für den Wald.

Mit traurigen Grüßen, László Maráz,

AG Wälder, Forum Umwelt und Entwicklung, www.forum-ue.de/41.html

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 10 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand'. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.11.2010. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.